ROTE KOMMENTARE

Herausgeber: Betriebsprojektgruppe SDS Heidelberg, SALZ (Sozialistisches Arbeiter-und Lehrlingszentrum), Sandgasse 7.

10.9.69

INHALT: Wilder Streik - aktiver Streik S:1, Ho Chi Minh S:5,

Wilder Streik - aktiver Streik

40 000 streiken

Das Gespenst des Streiks geht durch die Bundesrepublik. Die Kapitalisten und ihr Staat zittern vor dem längst totgesagten Proletariat. 40 000 sind an Ruhr und Saar und in Süddeutschland in den Streik getreten. Die Gewerkschaften haben die Kontrolle verloren und laufen hinter den Arbeitern her, die sich mit einem mächtigen Ruck aus den Fesseln des Apparats gelöst haben. Die Bild- Zeitung versucht, den Klassenkampf als Oktoberfest zu diffamieren: "Tausende sangen: 'So ein Tag, so wunderschön wie heute'"- so möchte es Bild haben. In Wirklichkeit haben sich Tausende von Arbeitern aus dem kapitalistischen Zwangsapparat befreit und haben den Kampf gegen die Monopole und ihre Knechte eröffnet:

Die Spielerei und die "neutralen Verhandlungen der Tarifpartner"sind vorbei. Aus der Unternehmertraum von der konzertierten Aktion und einer entmündigte n und gegängelten Arbeiterschaft.

Die Streikbewegung

In den letzten Wochen sind die Preise für Stahl von 320,- DM auf über 900,- DM pro Tonne gestiegen. Entsprechend sind natürlich die Gewinne der Unternehmer gestiegen. Den Arbeitern hätte - unter Gleichbleiben aller anderen Bedingungen - dementsprechend eine Lohnerhöhung um fast das Dreifache zugestanden. Die Unternehmer boten -,15 DM ab ersten Dezember. Die Betriebsräte der Hoesch AG erhandelten -,20 DM ab 1. September. Die Gewerkschaften unternahmen nichts. Während sich die Hoesch-Arbeiter bei Phoenix und Union mit den -,20 DM zufriedengaben, zogen im Werk Westphalenhütte 3 000 Arbeiter am 2.9. spontan mit roten Fahnen und Transparenten vor das Verwaltungsgebäude und besetzten die Flure. Sie forderten -,30 DM (was im Vergleich zu den Riesenprofiten des Konzerns immer noch viel zu wenig war). Der Betriebsrat hatte nichts besseres zu tun, als die Arbeiter zu beschwichtigen". Am nächsten Tag schlossen sich die Arbeiter von Phoenix und Union dem Streik an. Sie demonstrierten durch die Dortmunder Innenstadt und blockierten den Verkehr. Auf der Westphalenhütte vereinigten sich die Streikenden zu einer 20 000 Mann-starken Protestversammlung. Einige Arbeiter versuchten die Villa des Generaldirektors zu stürmen. - Schon gegen Mittag hatten die 24 000 Arbeiter der Hoesch AG ihre Forderungen durchgesetzt: -,30 DM mehr ab 1. September, die auf die kommenden Tarifverhandlungen nicht angerechnet werden; volle Bezahlung der bestreikten Schichten. - Am selben Tag kündigten die bayrischen Brauereiarbeiter einen Streik um 10 % Lohnerhöhung an.

Am nächsten Tag (4.9.) ließ auch die Gewerkschaft mal was von sich hören: die Tarifverträge für die 230 000 eisen- und stahlerzeugenden Arbeiter in Nordrhein-Westfalen laufen am 1. November ab. Die Gewerkschaften "erwägen" schon jetzt in neue Tarifverhandlungen einzutreten. Am selben Tag greift die Streikwelle über auf die Arbeiter der Rheinstahl AG in Duisburg (1 300 Arbeiter) und die Neunkircher Eisenwerke an der Saar (10 000 Arbeiter). Bei Mannesmann in Duisburg streiken zuerst nur 300 Arbeiter. Sie besetzen das Werkstor und zwingen die ganze Schicht zum Streik. Andere ziehen vor das Verwaltungsgebäude. Sie alle fordern -,30 DM mehr ab 1. September. Am folgenden Tag ruht die Produktion in den 3 Werken der Rheinstahl, in Duisburg, Mühlheim und Gelsenkirchen. 10 000 Arbeiter der Klöckner-Hütte in Bremen und Osnabrück schließen sich an. Bei Rheinstahl fordern die Arbeiter jetzt -,50 DM. Bei Klöckner -,80 DM. Jetzt bietet die Konzernleitung schon von sich aus -,30 DM an. 12 000 Arbeiter der Rheinstahl AG in Hattingen wollen sich dem Streik anschliessen. Die Arbeiter der Schachtanlage Fortsetzung in Erckenschwick schließen sich dem Streik an. - Der Streik greift über auf die eisenverarbeitende Industrie: die Arbeiter der Maschinenfabrik Geislingen (1 750) streiken um Hebung in eine höhere Ortsklasse, entsprechend dem Hauptwerk (Schnellpresse Wiesloch).

Die Unternehmensleitungen lehnen in den meisten Fällen Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern ab: sie wollen nur mit der IG-Metall verhandeln (da geht's "neutraler" zu). Der Bund Deutscher Arbeitgeberverbände erklärt: "Die IG-Metall wird versuchen müssen, ihre tarifpolitische Ordnungsfunktion durch Vermeidung wilder Streiks oder ähnlicher Alleingänge wieder in den Griff zu bekommen."

Die IG-Metall erklärt, daß sie die wilden Streiks nicht unterstützt und daß sie "die Situation wieder in den Griff bekommen will". Kein Wort von Selbstkritik: Die IG-Metall hat nicht versagt, weil sie sich nicht um die Interessen der Arbeiter gekümmert hat, sondern weil sie die Herrschaft über die Arbeiter verloren hat. Ein Vorstandsmitglied der IG-Metall sagt, daß er schon vor längerer Zeit ein Vorziehen der Tarifverhandlungen gefordert hat. Aber nicht, weil das im Interesse der Arbeiter ist, sondern "wegen der Unruhe unter den Arbeitern". Deutlicher kann die IG-Metall nicht sagen, daß sie ihre Aufgabe nur darin sieht, die Arbeiter an der Kandare zu halten.

Unternehmer und Gewerkschaften wollen zusammen "die Ausuferung von wilden Streiks verhindern": Noch am Freitagnachmittag kündigt die IG-Metall schnell vorzeitige Tarifverhandlungen an. Die IG-Bergbau und Energie und Steinkohle-Bergbau schließen sich dieser Erklärung vorsichtshalber an. Aber jetzt ist nicht mehr die Zeit, wo sich die Arbeiter durch solche Erklärungen Sand in die Augen streuen lassen: Nur 10% der mindestens 15 000 Streikenden an der Ruhr nehmen auf die Erklärung der IG-Metall hin die Arbeit wieder auf.

Eins beunruhigt die Kapitalisten und ihren Staaat besonders: die rote Fahne, die überall in den Streiks auftaucht. Hysterisch erklären die Unternehmer, daß die Streikwellen nicht politisch gesteuert ist und Bundeswirtschaftsminister Schiller dankt der Belegschaft der Hoesch AG, daß sie die Politisierung des Streiks "verhindert" hat. Die Unternehmer haben Recht, wenn sie meinen, die Streikwelle sei nicht politisch gesteuert: Sie wird weder von den Gewerkschaften noch von einer Partei gelenkt, die Arbeiter sind von sich aus, spontan in den Streik getreten. Eben deshalb ist der Streik politisch, eben deshalb jammern Unternehmer und Gewerkschaften, daß sie die Kontrolle über die Arbeiter verloren haben. Minister Schiller hat sich zu früh und bei den Falschen bedankt. Die Unternehmer wissen, was sie zu fürchten haben: Auf keinen Fall wollen sie gegen die wilden Streiks mit "harten Maßnahmen" vorgehen.

Am Wochenende zeigte sich, daß die Versuche der Gewerkschaften, die Arbeiter wieder an die Kandare zu kriegen, vorerst scheitern. Die Zahl der Streikenden ist auf 25 000 gewachsen. Gleichzeitig wird die Streikbewegung immer militanter. Auf der Klöckner - Hütte in Bremen verhindern Arbeiter, daß das flüssige Roheisen aus dem Mischer abgefahren wird. Wenn das Metall erkaltet, wird der Mischer, der einige Millionen wert ist, unbrauchbar. Die Klöckner Arbeiter fordern jetzt eine Erhöhung der Ecklöhne um -,82 DM. In den Eisenwerken Neunkirchen bot der Unternehmensvorstand den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 8% ab 1. September und tarifvertraglich verankertes Weihnachtsgeld. Otto Brenner hatte Anfang August die von der IG-Metall erhandelten 8% als "großartigen Erfolg" gefeiert. Die Neunkircher Arbeiter geben sich aber mit ihren ohne die "großartige" Macht der IG-Metall selbst erkämpften 8% nicht zufrieden: sie streiken weiter. - Obwohl die IG-Metall jetzt die Tarifverhandlungen auf Donnerstag angesetzt hat und 14% fordern will, haben sich inzwischen auch die Gelsenkirchener und Röchlinger Arbeiter der Streikbewegung angeschlossen.

Am Dienstagabend streikten 27 000 Arbeiter. Der Betriebsratsvorsitzende teilt nach Verhandlungen mit der Konzernleitung mit, die Forderungen würden nicht erfüllt. Die Arbeiter besetzten daraufhin das Werk. Ihre Frauen brachten in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch Getränke und Verpflegung ins Werk. Am Mittwochmorgen wurden bündelweise Bild-Zeitungen verbrannt: Das Springer-Blatt hatte nicht über den Streik berichtet. Es wurde beschlossen, die Bevölkerung zu informieren. Es bildeten sich Demonstrationszüge zum Zentrum der Stadt. Rund 8 000 marschierten. Inzwischen hatte sich die Stadtverwaltung und der Ministerpräsident eingeschaltet. Das Telefon aus Bonn stand nicht still: Man kann keinen Streik im Wahlkampf gebrauchen. Die Konzernleitung gab nach: Mittwochmittag wurde mitgeteilt, daß alle Forderungen der Streikenden erfüllt würden.

Berliner Extra Dienst,

Am Dienstag schrieb die Bild-Zeitung: "Vernunft setzt sich durch" Die Streiks seien bis auf wenige Ausnahmen beendet. Die Rheinstahl Arbeiter hätten 50 DM Vorschuß durchgesetzt, nur im Bergbau würden noch mehrere Tausend streiken. "Schuld" an der "englischen Krankheit" (die sich durch Ansteckung verbreiten soll), seien die Kommunisten, die unvernünftigen Unternehmer (natürlich nicht die vernünftigen) und Bundeswirtschaftsminister Schiller. - In Wirklichkeit hat sich am Montag die Streikbewegung auf über 40 000 Arbeiter verdoppelt. Wenn die Streikenden die unverschämten Lügen in der Bild-Zeitung lesen, können sie sich ihr Teil über Bild denken.

dr. BREMEN, 8. September. Der wilde Streik von rund 6000 Arbeitern bei der Bremer Klöckner-Hütte nimmt nach Auskunft der Betriebsleitung bedrohliche Formen an. Der von den Streikenden eingesetzte Notdienst funktioniert nicht. Die technische Leitung der Klöckner-Hütte spricht von einer akuten Gefährdung des Mischers für die Stahlerzeugung. Dieses Sammelgefäß für flüssiges Roheisen ist zur Zeit mit rund 2200 Tonnen gefüllt, die bei einer Temperatur von 270 Grad flüssig gehalten werden müssen. Nach Angaben der Werksleitung von Montag mittag ist die Roheisenmenge bereits erkaltet und der Mischer „wahrscheinlich hin". Der Schaden wird auf zwei bis drei Millionen DM geschätzt.

Die streikende Belegschaft hält den Mischer nach wie vor als Faustpfand im Kampf um eine Erhöhung ihrer um 50 Pfennig geforderten betrieblichen Zusagen besetzt. Das letzte Angebot der Arbeitgeberseite lag bei 40 Pfennig, wobei 10 Pfennig bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen angerechnet werden sollen.

Von den Klöckner-Hüttenwerken in Bremen und Osnabrück, in denen der wilde Streik auch am Montag andauerte, ist zu erfahren, daß der gesamte Telefonverkehr der beiden Werke von den Streikenden kontrolliert wird. Die Telefonzentralen sind von ihnen besetzt, und die Direktleitungen sind unterbrochen.

FAZ 9.9.69

Am Montag streikten im Stahlbereich die 10 000 Arbeiter von Klöckner weiter und nahmen das Angebot der Unternehmensleitung von 40 Pfennig nicht an. Dazu traten alle 8 500 Arbeiter der Max - Hütte in Bayern in den Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 50 Pfennig und zusätzlich 5% wegen Nachholbedarf. Die Neunkircher Kollegen setzten 8%, mindestens aber 30 Pfennig und eine betriebliche Zulage von 20 Pfennig durch und nahmen die Arbeit wieder auf. Bei Rheinstahl hatte die Frühschicht die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Mittags - schicht leitete erneut die Diskussion über die Situation ein und trat wieder in den Streik. Jetzt schlossen sich auch die Arbeiter der Rheinstahl Großwerke in Gelsenkirchen dem Streik an.

Vor allem aber traten am Montag die 20 000 Bergarbeiter an der Saar in den Streik. Alle Kohlengruben an der Saar stehen still. In Saarbrücken zogen 5000 Bergleute vor die Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG. Sie fordern 12% - 15% Lohnerhöhung.

Am Montag hatte die Streikbewegung auch schon sichtbare Auswirkungen auf das Kapital: Die Aktien der Stahlkonzerne sanken um 2%, in Chemie und Elektro gingen die Kurse ebenfalls zurück - mitten in der Hochkonjunktur.

Der Arbeitgeberverband hat erkannt, was die wilden Streiks bedeuten: Gegenüber der 'Welt am Sonntag' erklärte er: "Die wil-

den Streiks ... erschüttern das Fundament unserer Wirtschaftsordnung." Wenn die Kapitalisten "unsere" Wirtschaftsordnung sagen, meinen sie die Wirtschaftsordnung der Kapitalisten: Die Streikbewegung richtet sich gegen den Kapitalismus.

Demonstration in Saarbrücken

ll. SAARBRÜCKEN, 8. September. Einige hundert demonstrierende Bergarbeiter haben am Montag in Saarbrücken vor dem Verwaltungsgebäude der Saarbergwerke und vor dem Gewerkschaftshaus höhere Löhne und die Einführung der Fünf-Tage-Woche im Saarbergbau gefordert. Von der erregten Menge wurden Sprecher der Gewerkschaft und der Betriebsräte niedergeschrien und ausgepfiffen. Die Demonstranten drückten ihren Unmut über die Haltung ihrer Gewerkschaftsführung durch Sprechchöre aus. Vor dem Haus der IG Bergbau riefen sie immer wieder: „Schlafköpp, Schlafköpp!" Die Warnung eines Betriebsratsvorsitzenden an die Demonstranten, sich nicht vor den kommunistischen Karren spannen zu lassen, wurde mit Gelächter, Pfiffen und Buhrufen beantwortet. Für Dienstag morgen haben die streikenden Bergleute einen Marsch nach Saarbrücken angekündigt.

FAZ 9.9.69

Die Gründe der Streikbewegung

Die Aasgeier von der Sozialdemokratischen Partei, versuchen aus der Streikbewegung Profit für ihren Wahlkampf zu schlagen. Helmut Schmidt erklärte , die Arbeiter fühlten sich zu Recht ungerecht behandelt im Verhältnis zu den Extraprofiten der Unternehmer. Aber diese Ungerechtigkeit besteht, solange wie der Kapitalismus - dagegen tut die SPD nichts. Und die Arbeiter fühlen sich zu Recht i m m e r ungerecht behandelt: Für sie sind die jetzigen Extraprofite der stahlerzeugenden Industrie nur ein Anlaß um ihre Forderungen durchzusetzen.

Diese Extraprofite sind dadurch entstanden, daß die Stahlmonopole vor einigen Monaten einen unliebsamen Konkurrenten, der die Preise unterbot, dadurch ausschalteten, daß sie ihrerseits mit den Preisen heruntergingen. Als die Konkurrenz kaputt war, begann gerade die Bausaison und die Nachfrage nach Stahl stieg stark an. Ohne Konkurrenz konnten die Monopole jetzt den Preis von 320 auf über 900DM pro Tonne heben und ihre riesigen Extraprofite machen. Die Bedürfnisse der Arbeiter werden davon nicht berührt. Aber die Zeit für Lohnforderungen ist jetzt, noch dazu im Wahlkampf, besonders günstig. Indem sich aber die Streikbewegung in der eisenerzeugenden Industrie so machtvoll und erfolgreich entfaltete, konnte sie spontan auf andere Industrien übergreifen.

Daß die Gründe für die Streikbewegung nicht allein in den Extraprofiten liegen, zeigt sich auch darin, daß sie nicht auf die Bundesrepublik beschränkt ist. Zur Zeit nähern sich nämlich gleichzeitig die Konjunkturen aller kapitalistischen Länder ihrem Höhepunkt. Das heißt aber zugleich, daß sich auch die Bedingungen für Tarifverhandlungen in allen kapitalistischen Ländern gleichzeitig verbessern. So stehen denn auch mindestens in Italien und der Bundesrepublik für diesen Herbst umfangreiche Tarifverhandlungen der Gewerkschaften bevor. Die französischen Gewerkschaften warten noch ab, weil in Frankreich auf grund der Franc - Abwertung eine besondere Situation besteht. Zumindest die kommunistische Gewerkschaft CGT ist aber fest zum Streik entschlossen.

Das besondere an der gegenwärtigen Lage ist, daß überall die Kündigungstermine für die Tarife erst im Oktober bis Dezember liegen, zu eine Zeit also, wo der günstigste Zeitpunkt für Verhandlungen vielleicht schon überschritten sein wird. Da auch die italienischen Arbeiter kein festes Vertrauen in ihre Gewerkschaften haben, legten die Arbeiter bei Fiat in Turin am 3. September - fast gleichzeitig mit den Kollegen von Hoesch - die Arbeit nieder. Am Freitag streikten schon 30 000 . Die Arbeiter anderer Werke legten in Solidaritätsstreiks ebenfalls die Arbeit nieder. Und bei Pirelli in Mailand wurde ein Bummelstreik durchgeführt. In England begann eine Welle von Teilstreiks in der stahlverarbeitenden Industrie schon am 15. und 29. August. Am letzten Freitag waren allein in der Autoindustrie 11 ooo Arbeiter im Ausstand. In Frankreich streikten allein am 3.9. die Arbeiter von mindestens 3 Betrieben. In Kanada streiken fast 20 000 Nickel- und Kupferarbeiter. Die Streikbewegung ist so international wie die Hochkonjunktur.

Daran zeigen sich aber auch schon die Grenzen der wirtschaftlichen Wirksamkeit der Streikbewegung: nach der Wirtschafts.-krise von 1966/67 in der Bundesrepublik nähern sich jetzt die Volkswirtschaften der verschiedenen kapitalistischen Länder gleichzeitig einem Konjunkturhöhepunkt. Die Konjunkturdämpfungen sind in keinem Land entschlossen angewandt worden - am wenigsten in der Bundesrepublik, wo dazu die Aufwertung der DM notwendig gewesen wäre. Nach dem Höhepunkt wird der Rückgang der Konjunktur ebenfalls ziemlich gleichzeitig erfolgen, so daß die Krise in einem Land kein Gegengewicht in der Hochkonjunktur eines Handelspartners findet, was die Krise enorm verschärfen muß. Das bedeutet für die Arbeiter Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Kürzungen der Sozialleistungen. Vor dieser Unsicherheit können die jetzigen Lohnstreiks nicht schützen. Diese Unsicherheit besteht, solange wie der Kapitalismus.

In der Bundesrepublik wirkt sich noch dazu die Arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik der Regierung verschlechternd aus: Durch die Nichtaufwertung der DM steigen die Exporte, die Importe sinken. Dadurch wird das Angebot an Konsumgütern auf dem deutschen Markt knapp, was zu einem starken Anwachsen der Preise führt. Die Preise steigen schon jetzt, obwohl sie wegen des Wahlkampfes noch gedämpft werden. Nach der Wahl werden sie ziemlich plötzlich steigen. Dadurch wird ein Teil der Lohnerhöhungen, die die Arbeiter jetzt erkämpfen, praktisch zurückgenommen. Ist es deshalb unsinnig für diese Lohnerhöhungen zu kämpfen? Sicher nicht. Denn die Preise würden genau so steigen, wenn die Löhne gleich blieben. Dann hätten die Arbeiter erst recht das Nachsehen.

Wilder Streik - aktiver Streik

Die ach so mächtige IG-Metall, die sich so entschieden für die Arbeiter einsetzt, hatte am 2. August eine Lohnerhöhung um 8% in der Metallverarbeitung durchgesetzt. Die Arbeiter im Stahlbereich haben durch die wilden Streiks in ein, zwei Schichten sieben bis acht Prozent ohne die Gewerkschaften durchgesetzt - wenn sie sich überhaupt darauf eingelassen haben. Gleichzeitig sah sich die IG-Metall gezwun-

gen, die Tarifverhandlungen sechs Wochen vorzuverlegen und gleich 14 % zu fordern, um die Arbeiter zu beruhigen. Wenn sie nur ein Prozent durchsetzen, ist schon so viel erreicht, wie in der Metallverarbeitung. Setzen sie aber ebenfalls 8% durch, was nicht unwahrscheinlich ist, sind im Stahlbereich 15% durchgesetzt. Die Kollegen in der Metallverarbeitung und in den anderen Industrien werden sich überlegen, was sie falsch gemacht haben. Die Kollegen in der Maschinenfabrik Geislingen und die Bergarbeiter haben schon angefangen, weitere werden folgen.

Der wilde Streik, der Streik der von der Belegschaft o h n e die Gewerkschaften durchgeführt wird, ist ein mächtiges Kampfmittel in der Hand der Arbeiter, weil er den Unternehmer unmittelbar auf die Knie zwingt, weil er auf der Solidarität der Kollegen begründet ist und weil er demokratisch ist. Er kann nur von den Arbeitern beschlossen werden. Er kann nur von den Arbeitern beendet werden - und zwar dann, wenn die Arbeiter es wollen, nicht wenn die Gewerkschaftsspitze einsam und ohne die Arbeiter zu fragen entscheidet, daß schon genug erreicht sei.

Der wilde Streik ist eine mächtige Waffe, weil er sich am jeweiligen Betrieb orientiert. Die Gewerkschaften können in den Tarifbereichen nur einheitliche Lohnerhöhungen erhandeln. Aber die Profite der einzelnen Konzerne sind immer etwas verschieden voneinander. Deshalb zahlen sie meist unterschiedliche übertarifliche Löhne . Diese bleiben aber unsicher, weil sie nicht tariflich abgesichert werden. Dadurch machen sich die Unternehmer keine Konkurrenz und den Arbeitern werden die Kämpfe um die Lohntarife nicht mehr einsichtig. Der wilde Streik ermöglicht unter den gegebenen Verhältnissen allein eine Orientierung am Betrieb. Genau das ist es auch , was die Kapitalisten und ihre Lakaien am meisten an den wilden Streiks beunruhigt: "Wohin kommen wir, wenn auch andere Betriebsräte (wie bei Hoesch) auf den Gedanken kommen sollten, die Hochkonjun ktur und das Wahlkampfklima zu einer Lohnpolitik eigener Machart auszunutzen?" Allerdings: Dann geht es den Unternehmern an den Kragen.

Der wilde Streik ist vor allem deswegen eine mächtige Waffe, weil er ein aktiver Streik ist. Die Streikenden bleiben nicht einfach zu Hause, sondern sie diskutieren, machen Demonstrationen und sit-ins, besetzen die Telefonzentrale des Betriebs, behindern gezielt die Produktion und suchen den Herrn Generaldirektor auch mal zu Hause auf. Genau daß heißt aber, daß der Streik politisch ist, nämlich ein Mittel im Klassenkampf. In der Hochkonjunktur mögen Verhandlungen und bloße Streikdrohungen genügen, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, aber was geschieht in der Krise, wenn die Unternehmer es sich leisten können, die Produktion monatelang einzustellen? Da genügt bloßes Durchhalten nicht, dabei möchten die Unternehmer immer den längeren Atem haben. Da kann nur der a k t i v e Streik die Forderungen der Arbeiter durchsetzen. Die französischen Kollegen haben das im Mai letzten Jahres bewiesen.

Wilder Streik und Gewerkschaften

Die Streikbewegung wird weder von einer Gewerkschaft noch von einer Partei getragen, in vielen Fällen wird sie nicht einmal von Betriebsräten organisiert. Sie ist spontan und geht ausschließlich von den Arbeitern aus. Gerade deshalb ist sie jetzt erfolgreicher , als die Gewerkschaft in Verhandlungen sein könnte. Das heißt aber nicht, daß die wilden Streiks die Politik der Gewerkschaften ersetzen können. Würde die bürgerliche Presse nicht über die Streiks berichten, wüßten die Belegschaften kaum etwas voneinander und die Streikbewegung könnte sich kaum ausbreiten. Aber die Presse kann auch Streiks verschweigen. Dann ist eine Organisation notwendig, die die Informationen verbreitet und die notwendigen Diskussionen einleitet. Zudem können die spontanen Bewegungen immer leicht zusammenbrechen, während doch gerade auch eine kontinuirliche Politik notwendig ist, um die Interessen der Arbeiter durchzusetzen. Zu dieser kontinuirlichen Politik sind heute nur die Gewerkschaften in der Lage . Weil sich aber die Gewerkschaftsfunktionäre immer mehr verselbständigt haben und nicht von den Arbeitern kontrolliert werden, vertreten die Gewerkschaften heute oft schon eher die Interessen der Unternehmer als der Arbeiter. Deshalb ist es notwendig, von unten Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Gerade die Streikbewegung zeigt, daß durch die Mobilisierung der Arbeiter in wilden Streiks tatsächlich Druck auf die Gewerkschaftsspitze ausgeübt werden kann. Gerade so wird es auch von der Spitze verstanden. So erklärte z.B. Erwin Grützner von der IG-Chemie in der vergangenen Woche: eine der treibenden Kräfte (bei den notwendigen Reformen) müßten die Gewerkschaften sein, wollten sie nicht "von ihren eigenen Mitgliedern im Stich gelassen oder überrannt werden". Das wäre schon ein erster Schritt: Die Gewerkschaften machten eine fortschrittliche Politik - zwar nicht weil sie fortschrittlich sind, aber um ihre Mitglieder nicht zu verlieren. Die Gewerkschaften brauchen wir. Aber die Gewerkschaften genügen nicht. Die wilden Streiks zeigen, daß die Arbeiter ihre Interessen selber vertreten müssen und das können sie nur, wenn sie unter sich diskutieren und sich selbst organisieren.

Die Streikbewegung weitertreiben!

Jetzt kommt es darauf an, die Erfahrungen der Bewegung an Ruhr und Saar zu diskutieren und die Streikbewegung weiterzutreiben. - Im Raum Heidelberg und Mannheim wird gerade jetzt in vielen Betrieben die analytische Arbeitsbewertung eingeführt. Dadurch verschlechtert sich die Lage: Nicht nur bekommen viele Kollegen weniger Geld, vor allem steigt die Überwachung, die Gängelung der Arbeit. - Schon am 29. August hatten bei Daimler - Benz in Sindelfingen 5o Kollegen eine Schicht wegen Einführung der analytischen Arbeitsbewertung bestreikt. Sie erreichten nur die Einsetzung eines paritätischen Untersuchungsausschusses. Ihr Streik ist daran gescheitert, daß die anderen nicht mitzogen. Die Erfolge bei Hoesch, Rheinstahl usw. waren schließlich nur möglich, weil die ganze Belegschaft solidarisch handelte . Montag und Dienstag sind eine noch nicht bekannte Zahl von Belegschaften in Südwestdeutschen Betreiben in den Streik getreten.

Informiert uns , wenn bei Euch im Betrieb etwas los ist.

Aus den Fehlern und Erfolgen der Kollegen lernen!

Die Streikbewegung weitertreiben!

Wir werden weiter 'Ho-Ho-Ho Chi Minh' rufen

"Der Kapitalismus ist ein Blutsauger, der mit einem Stachel das Proletariat der Metropolen, mit dem anderen das Proletariat in den Kolonien aussaugt. Wenn man das Vieh töten will, muß man beide Stachel auf einmal ausreißen. Reißt man nur einen aus, so wird der andere weiter das Blut des Proletariats saugen, das Vieh wird weiterleben und der Stachel nachwachsen." (Ho Chi Minh 1924)

Der letzte Revolutionär, der als überzeugter Anhänger ihrer Prinzipien die Oktoberrevolution erlebte und noch 5o Jahre später seine politische Praxis von einer uneingeschränkten Parteinahme für die Grundsätze der Oktoberrevolution hat leiten lassen, ist tot. Niemand hat mit mehr Recht das europäische Proletariat auf seine Pflichten gegenüber den unterdrückten Massen in den Kolonien und den unterentwickelt gehaltenen Ländern hingewiesen als Ho Chi Minh: Er verließ 1911 Vietnam als Kolonisierter, als Mitglied einer unterdrückten Nation und erreichte Europa, als Matrose auf einem französischen Schiff, als Angehöriger der arbeitenden Schicht, um für die Interessen des internationalen Proletariats politisch zu arbeiten. Insgesamt 3o Jahre hat er fern von Vietnam als Mitglied der KP Frankreichs, der Sowjetunion und Chinas durch seine politische Praxis den Satz Marx ständig neu interpretiert und bestätigt, daß keine Nation frei sein kann, die andere unterdrückt.

Ho Chi Minh war kein fruchtbarer Theoretiker. Sein Ziel war nicht, ein neues einheitliches theoretisches Konzept für das sozialistische Weltsystem zu formulieren, sondern die Gefahren des sowjetischen Bürokratismus und Revisionismus ebenso wie bestimmte chinesische Linksabweichungen zu vermeiden und die Prinzipien des Leninismus auf die besonderen Bedingungen seines Landes anzuwenden. Dabei hat er außenpolotisch mit allen nichtimperialistischen Mächten freundschaftliche Beziehungen gepflegt. Die DKP wurde in Hanoi ebenso empfangen wie Vertreter der Black Power Bewegung und der chinesische Ministerpräsident. Das hat aber keineswegs dazu geführt, daß die nationalen Interessen Vietnams an einem eigenständigen Weg zum Sozialismus Ho Chi Minhs praktischen und theoretischen Internationalismus opportunistisch durchlöchert hätten. 1954 etwa hat er im Genfer Abkommen der provisorischen Teilung Vietnams am 17. Breitengrad zugestimmt, obwohl diese Maßnahme eine schwere Belastungsprobe für die in Südvietnam verbleibenden Sozialisten darstellte. Doch bedeutete damals die Einstellung der Kriegshandlungen und der erfolgreiche Aufbau eines sozialistischen Staates im Norden eine entscheidende Stärkung des sozialistischen Weltsystems.

Mehr als an der Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie lag Ho Chi Minh an ihrer Popularisierung und Verbreiterung. So hat er für die Vietnamesen vor allem die ideale Beziehung eines politischen Führers zu seinem Volk verkörpert. Seine Sprache unterschied sich nicht von der jedes beliebigen alten Bauern in einem vietnamesischen Dorf, und wo beim Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in Vietnam Fehler gemacht wurden, scheute Ho Chi Minh sich nicht, sie öffentlich zuzugeben so etwa nach der allzu schnell durchgesetzten Kollektivierung der Landwirtschaft. Aber seine relative Bereitschaft zum Kompromiss, zum Nachgeben und zum Verhandeln fand dort ihre Grenze, wo die elementaren Interessen der arbeitenden Massen berührt wurden. Seine Verachtung für den Verrat der Sozialdemokratie an den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus war ebenso eindeutig, wie seine harte Politik gegen über der vietnamesischen Bourgeoisie soweit sie mit den Franzosen kollaborierte oder den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft sabotierte.

Ho Chi Minhs Versuche, im Konflikt zwischen der Sowietunion und der VR - China zu vermitteln waren beschränkt und mußten scheitern. Erfolgreich aber war er, insofern es ihm gelang, sein Land auf keine der beiden politischen Strategien verpflichten zu lassen. Das Ergebnis dieser Politik zeigt schon heute, daß es mehr ist als bloß die Synthese einer Orientierung am sowietischen oder chinesischen Modell. Deshalb dürfen die Fraktionsbildungen, welche die bürgerliche Presse am Horizont aufsteigen sieht, nicht überschätzt werden. Es hat sie in Nordvietnam seit langem gegeben, und zwar mit wechselnden Rollen, je nach dem, welches Problem zu lösen war. Der Versuch, die politische Strategie Nordvietnams in Bezug auf die Kollektivierung der Landwirtschaft, den Kampf gegen die amerikanische Aggression oder die außenpolitischen Entscheidungen in prosowjetische und prochinesische Elemente aufzuspalten, ist ziemlich sinnlos. Deshalb stellt auch das Bemühen der bürgerlichen Presse, eine scheinheilige Heldenverehrung für Ho Chi Minh mit einer aussichtslosen Leichenfledderei am lebenden Sozialismus in Vietnam und der Hoffnung auf seine Spaltung zu vereinen, eine einzige Lächerlichkeit dar. Das vietnamesische Volk hat in Ho Chi Minh nicht die Person, sondern die Personifikation einer politischen Idee und eines sozialistischen Modells verehrt, die mit der Person nicht

stirbt. Heldenverehrung bedeutet eine grenzenlose Überschätzung der Rolle von Einzelpersonen in der Geschichte. Deshalb ist der Tod Ho Chi Minhs keine politische Katastrophe.

Die südvietnamesische Befreiungsfront handelte daher völlig im Sinne dieser Idee, als sie ihre Mitglieder,nach der Ablehnung einer dreitägigen Waffenruhe durch das Regime in Saigon, aufforderte, die Trauer um Ho Chi Minh in revolutionäre Leidenschaft umzuwandeln. Für uns ist es dementsprechend konsequent, den gegenwärtigen Stand des Krieges zu interpretieren.

Am Vorabend des Sieges der vietnamesischen Revolution bedeuten die Verhandlungen in Paris für die vier Partner jeweils etwas ganz verschiedenes: für die USA stellen sie ein zweites Schlachtfeld dar, wo sie für ihren Rückzug Bedingungen aushandeln wollen, die die amerikanische Wirtschaft nicht allzu hart treffen. Deshalb sind sie an einem möglichst langsamen Rückzug interessiert. Die Truppenreduzierung um 25 000 auf 511 000 ist in der Tat nicht viel, wo den USA doch klar ist, "daß der Vietnamkrieg für die USA militärisch nicht zu gewinnen ist", wie es der frühere Verteidigungsminister Clifford im April dieses Jahres formulierte. Stillschweigend müssen die USA die Lügen,auf denen ihre Aggression beruhte, fallen lassen. Wenn sie heute demAbzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam zustimmen, meinen sie nicht mehr auch die FNL, sondern nur noch die eigenen Truppen. Die Realität hat die USA davon überzeugt, daß die Vietnamesen in Vietnam keine Ausländer sind. Statt der Lügen sind nun ganz offene Widersprüche das wesentliche Element der amerikanischen Verlautbarungen. Denn nicht nur das Interesse an der Stabilität der US-Wirtschaft verlängert das Morden, sondern auch die Unterstützung für das Regime in Saigon, zu dem die USA allerdings in immer stärkeren Gegensatz geraten. Während die USA einer Koalitionsregierung mit Beteiligung der FNL und der politischen Neutralität Vietnams praktisch bereits zustimmen, wird dies von der Militärdiktatur in Saigon kategorisch abgelehnt. Gleichwohl versichert Nixon Thieu seiner vollen Unterstützung und behauptet, die USA würden erst abziehen, wenn Saigon den Krieg allein führen kann. Auch die Politiker im Pentagon wissen, daß es dazu nie in der Lage sein wird. Der frühere Chefdelegierte der USA in Paris, Harriman, kritisiert das Thieu-Regime ganz offen, weil es seine Basis nicht verbreitert und alle nicht-kommunistischen, oppositionellen Politiker ins Gefängnis schickt. Heute genügt es für einen Politiker in Saigon bereits im Verdacht einer zu engen Beziehung mit den USA zu stehen, um mit Freiheitsstrafen bedroht zu sein. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Thieu-Clique, die mit Erpressungen gegenüber den USA ums nackte Überleben kämpft, ihre abscheuliche Rolle ausgespielt hat.

Für die FNL und Hanoi haben die Verhandlungen in Paris nur die Aufgabe, ihre Erfolge im Kampf zu bestätigen. Sie brauchen in Paris nicht zu feilschen, weil sie bereits 4/5 des Territoriums Südvietnams kontrollieren, eine provisorische Revolutionsregierung gebildet haben und als nächsten Schritt vermutlich eine eroberte Provinzhauptstadt zur Gegenhauptstadt machen werden. Der geschichtliche Ort, an dem die Entscheidungen fallen, ist nach wie vor Vietnam, wo man bereits Vorbereitungen für den Aufbau des Sozialismus nach dem endgültigen Sieg der Revolution trifft. Ein Abkommen in Paris kann diesen Sieg des Sozialismus nur in dürren Worten festhalten.

Inzwischen hat die vietnamesische Revolution aber auch auf die kapitalistischen Länder selber übergegriffen. In den USA und der BRD haben die Arbeiter und Studenten eine antikapitalistische Front errichtet. Indem sie Deserteuren aus der amerikanischen Armee helfen und in ihrem Land eine sozialistische Politik aufbauen, reißen sie dem Blutsauger den anderen Stachel aus.

Das Sozialistische Arbeiter-und Lehrlings-Zentrum trifft sich jeden

FREITAG 18°°

Sandgasse 7, Hinterhaus.

Schreibt uns, wenn bei Euch im Betrieb etwas los ist. (SALZ, Sandgasse 7.)

Oder ruft uns an, wenn Ihr Informationen habt

Tel: 47 14 19